

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 28

Köln, den 11. Juli 1930

31. Jahrg.

Kapitalbildung - Kapitalflucht.

Kapitalbildung als Problem steht immer noch im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Debatte. Der notorische Kapitalmangel, an dem unsere Wirtschaft leidet, gibt Anlaß zu interessanten und gelehrten Abhandlungen, ohne daß bisher der Kapitalmangel zu beseitigen gelungen wäre. In dem Streit um den Anteil am Ertrage der Arbeit, den Gewerkschaften und Unternehmer mit wechselndem Glück führen, spielt die Frage des Kapitalmangels und der Kapitalbildung eine große Rolle. Die Bedeutung des Kapitalproblems ist erkennbar aus einer Bemerkung Stegerwalds (siehe an anderer Stelle dieser Ausgabe), daß durch den Zustrom von Auslandskapital die Beschäftigung von etwa einer Million Menschen möglich gewesen sei. Die Nachteile einer übermäßigen Kapitaleinfuhr sind nicht von der Hand zu weisen und darum ist größter Wert auf die Kapitalbildung im eigenen Lande zu legen.

Die Quellen der Kapitalbildung sind im Zusammenhang damit nicht unbeachtlich. Zusätzlich neues Kapital fließt aus einer einzigen Quelle: aus dem Sozialprodukt oder Volkseinkommen. Der primitive Mensch der Vorzeit kannte kein Kapital, ihm standen nur zwei Wirtschaftsfaktoren: Natur und seine eigne Arbeitskraft zur Verfügung. Kapital - Sachkapital erwarb er sich in dem Augenblick, als er begann, Werkzeuge - Waffen, Axt usw. herzustellen. Sachkapital mußte und kann immer nur erarbeitet werden und als solches gilt nur derjenige Teil des Reinertrages der Volkswirtschaft, der nicht der Konsumtion zugeleitet, sondern die Gestalt von Produktionsgütern annimmt, Gütern, die die Arbeit für künftige Versorgung mit Gütern erleichtern und ihren Effekt steigern sollen. Es ist also wichtig, laufend das notwendige Kapital für die Verbesserung und Erweiterung der Produktion, auch im Hinblick auf den natürlichen Bevölkerungszuwachs zur Verfügung zu haben.

Der Formen der Kapitalbildung sind viele. Kapitalbildung wird mit Opfern erkaufte und landläufig denkt man, wenn über Kapitalbildung gesprochen wird, an Kapitalbildung durch individuelles Sparen. Sparen beschränkt sich nicht auf Erübrigung und Ansammlung von Geldbeträgen bzw. Verleihung von solchen, sondern kann auch unmittelbar zur Errichtung von neuen Produktionsanlagen - Selbstfinanzierung - dienen. Eine zweite Form der Kapitalbildung ist die vom Staat oder seinen Organen zwangsweise durchgeführte Kapitalbildung. Als solche bezeichnet man den Vorgang, wenn der Staat aus Steuern oder Beiträgen Anlagen schafft oder Leihkapital ausgibt. Hier ist wie im ersten Fall bei persönlichem Sparen, ein Teil des Volkseinkommens dem unmittelbaren Verkehr entzogen. Der Unterschied besteht nur darin, daß nicht der einzelne über die Höhe der Kapitalbildung entscheidet oder Verfügungsgewalt besitzt, sondern der Staat. Die Form der Kapitalbildung im Wege der Geld- oder Kreditschöpfung sei als dritte genannt. Sie wird vom Staat und von der Wirtschaft in großem Umfange gehandhabt, doch soll hier nicht näher darauf eingegangen werden.

Seit Einführung der Festwährung nach der Inflation hat die Kapitalbildung bei uns erhebliche Fortschritte gemacht. Beweis dafür sind einmal die von der Statistik erfaßten Einlagen bei öffentlichen Sparinstituten und die Erweiterungen der Produktionsanlagen, die vielfach auf dem Wege der Selbstfinanzierung erfolgt sind. Hierher sind auch teilweise die technischen Verbesserungen dieser Anlagen, soweit sie eben die künftige Versorgung mit Gütern erleichtern oder den Effekt zu steigern geeignet sind, zu zählen. Das Volkseinkommen für 1929 wird auf 80 Milliarden geschätzt, das Institut für Kon-

junkturforschungen schätzt allerdings nur 70 Milliarden. Da Schätzungen immer einen Unsicherheitsfaktor in sich bergen, kann die erste wie die zweite Ziffer zu hoch oder zu niedrig sein und gegenüber einer dritten Schätzung, die 90 Milliarden annimmt, scheint die mittlere Zahl, also 80 Milliarden, eine größere Wahrscheinlichkeit für sich zu haben. Von dieser Summe schätzt man 9 Milliarden Neu-Kapitalbildung oder nach Abzug von schwer abschätzbarer Einbuße einen Reinzugang von 5 Milliarden.

Restlos in der deutschen Volkswirtschaft verwandt, müßte dieser Betrag eine bedeutende Wirtschaftsbelebung herbeigeführt und zu einer wesentlichen Milderung der Arbeitslosigkeit beigetragen haben. Da aber beides ausgeblieben und statt dessen eine Wirtschaftskrise größten Ausmaßes eingetreten ist, hat man die Ursachen dieser Erscheinung zu untersuchen begonnen und ist dabei zu interessanten Ergebnissen gekommen. Diese Ergebnisse spielen bei Verlautbarungen deutscher Großbanken und bei den Überlegungen der derzeitigen Regierung zur Sanierung unserer Finanzwirtschaft eine große Rolle. Man hat entdeckt, daß große Summen deutschen Kapitals den Weg über die Grenze genommen und infolgedessen zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Lage wesentlich beigetragen haben. Über das Ausmaß dieser Kapitalflucht gehen die Meinungen auseinander. Die deutschen Banken schätzen den Betrag des ausgewanderten Kapitals auf etwa 8 Milliarden Mark, während Verwaltungsfachleute, unter welchen man wohl Finanzbeamte des Reiches vermuten darf, den Betrag auf 10 bis 12 Milliarden schätzen.

Welche Transaktionen auf diesem Gebiete vorgenommen worden sind und immer noch werden, geht aus einer Äußerung aus Abgeordnetenkreisen hervor, nach welcher der größte deutsche Seidentrust, die „Dereinigten Seidenwebereien A.-G.“ in Krefeld, das Haupteinkaufskontor nicht mehr in Krefeld hat, sondern nach Daduz in das Fürstentum Liechtenstein verlegte. Diese Firma ist es nicht allein, sondern zahlreiche andere Transaktionen dieser Art nach Daduz haben stattgefunden.

Nach einer neuesten amtlichen Erhebung befinden sich in diesem kleinen Daduz etwa 240 Geschäftsfirmen und Aktiengesellschaften, die dort ihren Hauptsitz aufgeschlagen haben.

Außerdem sind von zahlreichen Deutschen größere Kapitalbeträge dort angelegt worden.

Nach der Schweiz und nach Holland haben ebenfalls Kapital- und Geschäftsverlegungen stattgefunden. Diese Geschäftsverlegungen haben den Zweck, sich der steuerlichen Verpflichtung zu entziehen, weil in Daduz fast überhaupt keine Steuern erhoben werden, da der dortige Fürst für die allgemeinen öffentlichen Verwaltungsaufgaben fast restlos aufkommt. In den deutschen Firmen werden Einnahmen und Ausgaben lediglich gegenseitig ausgeglichen. Die Haupt- und Schlußbilanzen werden aber am neuen Sitz des Geschäftes im Auslande vorgenommen, so daß in steuerlicher Beziehung materielle Vorteile auf diesem Wege gewonnen werden. Man erfährt dadurch die eigentlichen und vollständigen Gewinne der Firmen nicht genau.

Die „Dereinigten Seidenwebereien A.-G.“ in Krefeld lassen alle Rechnungen für ihre Rohwaren, die aus China, Japan und Italien kommen, zunächst dem Haupteinkaufskontor in Daduz zustellen. Dort werden sie umgeschrieben und gehen erst dann, mit 20 bis 30 Prozent höheren Einkaufspreisen versehen, nach Krefeld.

Man erreicht damit, daß die großen Millionengewinne bis auf

einen Betrag, dessen Höhe die Seidenweberei zu bestimmen in der Hand hat, nach Daduz verschoben werden, wo sie infolge besonderer Vertragsabschlüsse mit dem Staate Liechtenstein steuerfrei bleiben.

Ähnliche persönlich materielle Vorteile erringen natürlich auch diejenigen, die ihre Ersparnisse und ihr Vermögen dort oder in der Schweiz oder anderswo im Ausland anlegen. Sie ziehen es angeblich „der Sicherheit wegen“ vor, sich mit einem wesentlich billigeren Zinsfuß abzufinden.

Man darf annehmen, daß diese Darstellung den Tatsachen entspricht und muß den Versuchen und Bestrebungen der Regierung Erfolg wünschen, die darauf abzielen, diese Vorkommnisse zu unterbinden und zu verhindern. Bisher sind leider diese Absichten wenig erfolgreich gewesen und es ist bereits der Eindruck entstanden, als ob es der Regierung nicht gar zu ernst damit sei, weil sie an einen durchschlagenden Erfolg nicht glaube. Es wird in der Arbeiterschaft jedenfalls nicht verstanden, wenn ihr einerseits bei den Auseinandersetzungen um Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen die Wirtschaft und staatlichen Organe mit dem Hinweis auf vorhanden sein sollenden Kapitalmangel, nicht nur gerechtfertigte Wünsche verjagt und meistens noch Verzicht auf bereits bestehende Regelungen zugemutet oder auch aufoktroiiert werden, während andererseits die Kapital-

flucht in einem solchen Ausmaß vorhanden ist und die gesetzgebenden Körperschaften es bisher an den notwendigen Maßnahmen haben fehlen lassen. Es gab eine Zeit, in der ein Verhalten, wie es in obiger Zuschrift geschildert wird, geächtet und mit schweren Strafen geahndet wurde. Mit Recht, denn solche Denkweise und solches Verhalten ist wirtschaftlicher Landesverrat und sollte als solcher den Strafgesetzen unterstehen. Eine glimpfliche Behandlung solcher Kapitalfliehler scheint uns nicht am Platze. Die Aufhebung des Bankheimnisses für solche Fälle erscheint als eine wertvolle Hilfsmaßnahme, doch sollte man auch die Frage der Offenlegung der Steuerlisten und eine zeitgemäße Reform des Aktienrechtes dabei berücksichtigen. In der Tagespresse wurde vorgeschlagen die Namhaftmachung dieser edlen Patrioten. Wir sind ganz damit einverstanden, obwohl wir glauben, daß solch edles Gebüt verlernt hat, schamrot zu werden.

Angeichts der herrschenden Volksnot und Arbeitslosigkeit, angeichts auch der Tatsache, daß die Regierung im Begriffe steht, weitere Lasten den breiten Schichten aufzuladen, die bis zur äußersten Grenze des Erträglichsten heranreichen, müssen Mittel und Wege zur Unterbindung der Kapitalflucht gefunden werden. Es muß möglich sein, auch gesetzgeberisch an die Dinge heranzukommen.

Aktuelle Probleme im Reichstag.

Die Haushaltberatungen im Reichstag gaben am 27. Juni bei Kapitel: Haushalt des Reichsarbeitsministeriums dem Minister Gelegenheit zu Äußerungen über einige zurzeit heftig diskutierte Fragen.

Stegerwald wies einleitend auf die schwere Weltwirtschaftskrise hin. Die bei uns herrschende Wirtschaftsdepression habe verschiedene Ursachen; Krieg und Inflation hätten für Deutschland eine gewaltige Kapitalverwüstung gebracht.

Von 1924 bis 1928 sind in jedem Jahr eineinhalb bis drei Milliarden RM fremden Kapitals nach Deutschland geflossen, mit denen für etwa 750 000 bis 1 Million Menschen Arbeit und Brot geschaffen wurde. Dieser Kapitalzufluß habe nicht nur aufgehört, es seien im Gegenteil erhebliche deutsche Kapitalien ins Ausland abgewandert. (Stegerwald sprach von 8 Milliarden, die sich im Ausland befinden sollen. Die Schätzungen weichen stark voneinander ab. Sie schwanken von 4 bis 12 Milliarden RM.)

Nachdem der Minister das Schlichtungswesen behandelt und dabei seine Stellungnahme und die Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches von Oeynhausen begründet hatte, trug er die Meinung des Reichsarbeitsministeriums vor über die im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehenden Fragen

Lohnsenkung — Preisabbau.

Wenn ich von Australien absehe, gibt es kein zweites Land der Welt mit einem ebenso staatlich derartig ausgebauten Schlichtungswesen wie Deutschland, es gibt kein zweites Land der Welt, in dem ein so großer Bruchteil der Löhne und Gehälter fest gebunden ist wie in Deutschland. Ich sagte schon im Haushaltsauschuß, daß in Deutschland etwa 46 Milliarden RM Löhne und Gehälter bezahlt werden, und davon sind nach meiner Schätzung 35 bis 38 Milliarden in Form von Beamtengehältern und Tarifvertragslöhnen gebunden. In keinem Lande gibt es soviel nationale und Bezirkstarife wie in Deutschland, und diese Errungenschaften lassen sich meines Erachtens, wie gesagt, nur halten, wenn sie in schweren Depressionsperioden etwas elastisch gehandhabt werden.

In Deutschland ist man weitgehend geneigt, in Extremen zu denken und zu handeln. Im vorigen Herbst hielt man die Steuerenkung für den einzig rettenden Weg aus der deutschen Wirtschaftsmisere. Augenblicklich ist die „Lohnsenkung“ allenthalben Schlagwort geworden. Dabei kommt man zu Vergleichen, die unhaltbar, die falsch sind. Zunächst sollte als selbstverständlich angesehen werden, daß zwischen 1914 und 1930 der Weltkrieg und die Staatsumwälzung liegt. Für die deutsche Arbeiterschaft ist daher nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und sozial das Jahr 1914 ein falscher Vergleichs- und Ausgangspunkt. Auch Vergleiche zwischen Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen mit dem Index von 1914 und 1930 führen in die Irre. Vor 1914 hatten wir kaum den zehnten Teil der heutigen Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit. Kürzlich kamen einige Berliner Maurer zu mir und sagten mir, daß die Berliner Akkordmurerkolonnen bei gleicher Arbeitszeit heute 25 bis 30 Prozent Steine mehr vermauern als 1914. Weiterhin sagten mir die

gleichen Herren: Gebt uns wie vor 1914 regelmäßig wieder neun Monate Arbeitsgelegenheit im Jahre mit Ausnahme der Regentage, dann wollen wir über unsere Söhne gern mit uns reden lassen!

Bei der heutigen wirtschaftlichen Gesamtsituation sind die Stundenlöhne der Arbeiter und die Jahresgehälter der Beamten nicht miteinander vergleichbar. Ich bin mir darüber klar, daß unser heutiges Preisniveau ungesund und nicht haltbar ist.

Ich rechne auch damit, daß die jetzige sinkende Weltpreistendenz keine vorübergehende Sache, sondern eine Dauererscheinung ist. Ich lasse mich auch nicht von der steigenden Ausfuhr blenden. Ich bin vielmehr der Überzeugung, daß bei unserer heutigen Kartell- und Konventionspolitik ein großer Teil der Ausfuhr zu Lasten unserer Inlandspreise geht, ein Zustand, der ungesund ist und keine Dauererscheinung werden darf.

Wir kommen um eine baldige Preisenkung nicht herum. Und darüber besteht auch weitgehende Meinungsübereinstimmung. Aber an dieser Stelle beginnt der Streit darüber, wer den Anfang machen soll. Ich möchte allgemein sagen: Die Preisenkung muß vorausgehen. Lohnsenkungen allein führen meines Erachtens bestimmt nicht zum Ziel. Sie sind volkswirtschaftlich falsch und auch nicht durchführbar.

Ich habe schon mehrfach folgendes Zahlenbild im Haushaltsauschuß und auch an anderer Stelle gebraucht. Die Landwirtschaft produziert jährlich Werte von 12 bis 13 Milliarden RM, wovon sie 8 bis 9 Milliarden RM verkauft. Diese Werte können noch um einige Milliarden Reichsmark gesteigert werden, um damit noch 1 bis 1½ Millionen Menschen in Stadt und Land beschäftigen zu können. Insgesamt leben von der landwirtschaftlichen Tätigkeit im engeren Sinne gut 15 Millionen Menschen in Deutschland. Dieser Kreis von Menschen kann also noch vergrößert werden. Wir führen soann jährlich für 13 bis 14 Milliarden RM aus, und davon leben etwa 8 bis 10 Millionen Menschen in Deutschland. Auch diese Ausfuhr muß noch um einige Milliarden RM gesteigert werden. Auch davon können noch einige Millionen Menschen mehr leben. Löhne und Gehälter werden in Deutschland an 46 Milliarden RM bezahlt. Davon entfallen auf den Innenmarkt — denn die Löhne und Gehälter, die bereits für die Ausfuhr bezahlt werden, müssen abgerechnet werden — auf Reich, Länder, Gemeinden, öffentliche Betriebe, Industrie, Handel, Gewerbe und Verkehr mindestens 40 Milliarden RM, und von diesen 40 Milliarden RM leben ungefähr 40 Millionen Menschen. Wenn man daher in Deutschland bei dieser Bevölkerungsstruktur die Löhne ohne die Preise senkt, dann verschärft man die Krise. Wenn man die Preise nur ebensoviel senkt wie die Löhne, dann erleichtert man zwar die Ausfuhr, schafft aber im Innern so gut wie gar keine verstärkte Kaufkraft, ein Zustand, durch den keine auszeichnende Neubelebung der Wirtschaft erfolgen kann. Bei der deutschen Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur ist ein starker Antrieb der Wirtschaft nur möglich, wenn die Preise mehr gesenkt werden als die Löhne.

Nur dadurch wird zusätzliche Kaufkraft geschaffen. Wenn aber

die Preise gesenkt werden, dann können auch die Löhne der Preisentwicklung angepaßt werden. Das bedeutet keine Senkung des Reallohns.

Einer Senkung der Reallohne auf breiter Front müßte ich mich nachdrücklichst widersetzen, weil damit bei der deutschen Bevölkerungsstruktur für die deutsche Wirtschaft nichts gewonnen wäre.

Mit dem Millimeter freilich kann man in der komplizierten deutschen Volkswirtschaft nicht abmessen, ob jede einzelne Berufsgruppe bei Preisenkungen über oder unter dem heutigen Reallohn liegt. Der Preis wird zudem nicht allein und in der Regel nicht einmal überwiegend vom Lohn bestimmt. Die Lohnquote im Preis ist heute in den meisten Fällen in Deutschland geringer als 1914.

Ich bin gewöhnt, die Dinge, die an mich herangebracht werden, nicht oberflächlich zu prüfen. Mir paßt es beispielsweise ganz und gar nicht, daß die öffentliche Hand in Deutschland der größte Bauauftraggeber ist und dabei der Baukostenindex immer 20 bis 30 Punkte höher ist als der übrige Index.

Nun bin ich aber in den letzten Wochen, wo wir ja ein verstärktes Wohnungsbauprogramm herausgeben wollen, den Dingen nachgegangen und habe folgendes festgestellt: Die Herstellungskosten einer Durchschnittswohnung in Deutschland in Stadt und Land — in Berlin ist sie teurer, auf dem Lande werden Wohnungen teilweise zum halben Preis hergestellt — kann man gegenwärtig wohl mit 7500 RM annehmen. Davon sind rund 40 Prozent — ich habe genaue Berechnungen mit 32 Prozent und auch solche mit 45 Prozent, ich nehme also den Durchschnitt der einzelnen Baugruppen —, ich sage, von den 7500 RM, die eine Wohnung kostet, sind etwa 40 Prozent oder 3000 RM Bauarbeiterlöhne. Senkt man diese Bauarbeiterlöhne um 5 Prozent, so macht das 150 RM aus, und dann kostet die Wohnung anstatt 7500 RM 7350 RM. Wenn ich die Hauszinssteuern und all diese Dinge außer Betracht lasse, so muß ich gegenwärtig bei unserer Hypothekenunordnung 10 Prozent Zinsen rechnen. Der Zins für diese 150 RM, die ich an Lohnkosten bei einer Wohnung spare, so bringt das bei 10 Prozent Zinsen 15 RM oder ganze 1,25 RM monatliche Ersparnis an der Wohnungsmiete. Wenn man dagegen den deutschen Zinsendienst in Ordnung bringt, wenn man die Kapitalertragsteuer für festverzinsliche Papiere beseitigt und auf den Pfandbrieftyp von 7 Prozent hinsteuert — der deutsche Zinsendienst ist heute als ein großes Chaos anzusehen, denn bei einem Reichsbankdiskont von 4 Prozent kosten langfristige Anlagen immer noch 9 bis 10 Prozent Zinsen —, wenn man dahin steuert, daß auch die langfristigen Kapitalanlagen alles in allem um 2 Prozent gesenkt werden, dann bedeutet das für eine Wohnung von 7500 RM eine jährliche Ersparnis von 150 RM oder eine Mieterleichterung von 12,50 RM im Monat.

Daß man bei solcher Sachlage die Bauarbeiterverbände nicht dahin bringen kann, bei Preisenkungen in der Bauwirtschaft mit Lohnsenkungen den Anfang zu machen, liegt doch auf der Hand.

Ich halte, wie gesagt, die sinkende Weltmarktpreistendenz nicht

für eine vorübergehende, sondern für eine Dauererscheinung. Wenn dem aber so ist, dann müssen auch wir in Deutschland zu einer Senkung der Preise kommen, und dazu gibt es viele Mittel. Da nenne ich in erster Linie die Lockerung der Kartellwirtschaft.

Ich habe mich schon seit Wochen mit diesen Fragen beschäftigt. Lediglich deswegen, weil der Herr Kollege Dietrich vier Wochen krank war, sind wir in den Dingen nicht weitergekommen. Herr Kollege Dietrich beurteilt diese Dinge ebenso wie ich. Ich sage also: erstens Lockerung der Kartellwirtschaft, zweitens Ordnung im deutschen Zinsendienst, drittens Verringerung der Preisspanne zwischen Erzeugung und Verbrauch, insbesondere bei den Agrarprodukten, vierterens Vereinfachung und Verbilligung der Lebensführung in allen Schichten des deutschen Volkes.

Wenn in allen diesen Dingen gleichzeitig vorgegangen wird, dann garantiere ich, daß ich auch das Gros der deutschen Arbeiterschaft dahinbringe, daß sich ihre Löhne der deutschen Preisentwicklung anpassen. Aber daß man bei diesem Chaos alles auf die Karte Lohnpolitik setzen kann, ist bei unserer Bevölkerungsstruktur eine Unmöglichkeit.

Im Anschluß an diese, von Zwischenrufen und Beifall häufig unterbrochenen Ausführungen begründete Stegerwald die Reformvorschlüsse zur Arbeitslosenversicherung, um dann zu schließen:

Die Reichsregierung ist willens, alles Erdenkliche auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung zu tun. Wir hoffen, sobald der Etat gesichert ist, sobald die Arbeitslosenversicherung saniert ist, mit etwa 750 Millionen Reichsmark die deutsche Wirtschaft neu beleben zu können. Es ist daran gedacht, daß die Reichsbahn und die Reichspost der Wirtschaft für etwa 400 Millionen Reichsmark Aufträge erteilen. Daneben ist ein zusätzliches Wohnungsbauprogramm gedacht, das mit etwa 250 Millionen Reichsmark anzusehen ist. Schließlich denkt man daran, daß größere Beträge für den deutschen Straßenbau und für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge sich noch beschaffen lassen. Diese Beträge sollen nicht durch Steuern gewonnen werden, sondern als Darlehen für produktive Zwecke, und diese Darlehen sind bis jetzt schon weitgehend gesichert. Voraussetzung für diese großen öffentlichen Aufträge ist allerdings, daß auch die Wirtschaft bereit ist, ihrerseits in dieser Zeit der Not für eine angemessene Senkung der Preise ein Opfer zu bringen.

Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen haben wir uns gründlich auseinandergesetzt. Mir scheint die Stunde gekommen zu sein, in der ausgesprochen werden muß: Nun laßt uns handeln, laßt uns schnell handeln! Das deutsche Volk kommt bestimmt auch über seine jetzigen Schwierigkeiten hinweg, wenn es will, und ich bin der festen Überzeugung, daß es darüber hinwegkommt, weil es will. Ich bin auch der festen Überzeugung, daß es allseitig will, und daß, wenn wir in den nächsten Jahren allseitig wollen, wir diese Schwierigkeiten wieder bestimmt so meistern werden, wie wir sie im September und November 1923 gemeistert haben.

Daran liegt es!

Die deutsche Arbeiterschaft durchlebt gegenwärtig schwere Zeiten. Hart drückt die Not die Arbeitslosen und Kurzarbeiter mit ihren Familien. Während man allgemein angenommen hatte, daß mit Beginn des Frühjahrs eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkte eintreten würde, ist diese im wesentlichen ausgeblieben. Rund drei Millionen Menschen suchen vergebens nach Arbeitsplätzen. Die karge Unterstützung soll weiter abgebaut werden. Bereits im vergangenen Jahre, als die Sozialdemokratie noch mitregierte, ist ein Abbau erfolgt. Das Schlagwort von der „ungebührlichen Ausnutzung der Versicherung“ bewirkte, daß der Bezug der Unterstützung wesentlich erschwert wurde. So ist durch eine vielfach sehr enge Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen mancher Arbeitslose ohne jegliche Unterstützung.

Aber nicht nur die völlig Arbeitslosen leiden unter diesen Zuständen, sondern auch vielfach die noch in Arbeit stehenden. Ein großer Teil der letzteren arbeitet verkürzt, so daß der Lohn kaum höher ist als die Arbeitslosenunterstützung, ja manchmal nicht an diese heranreicht. Dazu kommt dann bei jenen noch die dauernde Sorge, ob nicht doch eines Tages die Fabrikttore sich für sie schließen.

Diese große Not der deutschen Arbeiterschaft benutzen die Arbeitgeber, um möglichst weit in Richtung ihrer reaktionären Ziele vorzustoßen. Sie propagieren nicht nur den Abbau der Leistungen der

Arbeitslosenversicherung, sondern die gesamte Sozialversicherung ist das Ziel ihrer Angriffe.

In den letzten Wochen tritt nun zu all diesen Bestrebungen auf Abbau der Sozialversicherung die weitere allgemeine Forderung auf Senkung der Löhne. Man begründet diese Forderung mit der Notwendigkeit einer Preisenkung und hält letztere nur in Verbindung mit einer Lohnsenkung für durchführbar. Also auch hier soll wieder die Last einseitig auf die Arbeiterschaft abgewälzt werden, statt einmal dort anzupacken, wo meist die Ursachen für unsere hohen Verbraucherpreise liegen — nämlich beim Zwischenhandel. Gerade die Arbeitgeber hätten doch alle Ursache, sich auch mal zwecks Preisabbau in ihren eigenen Reihen gründlicher umzusehen. Die Preisbindungen der Kartelle und Syndikate wirken doch sicherlich auch nicht verbilligend auf den Verbrauch.

Bei all diesen Versuchen auf Schwächung der Existenzbasis der Arbeiterschaft kann man nicht umhin, nach den Ursachen für diese völlig einseitigen Pläne zu suchen. Das Reichsstatistische Amt gibt uns da einige Fingerzeige. Nach seinen Angaben sind gewerkschaftlich organisiert:

von 16 Millionen Arbeitern	36,5 Prozent
von 3,8 Millionen Angestellten	41,6 Prozent
von 1,6 Millionen Beamten	79,4 Prozent

Hier zeigt sich ganz klar, daß bei der Arbeiterschaft die Abbaubestrebungen am leichtesten durchzuführen sind, denn bei dem gewaltigen Heere der Unorganisierten kann der Widerstand nie so einheitlich zusammengefaßt werden, wie das beispielsweise bei der zu 79 Prozent organisierten Beamtenerschaft der Fall ist.

Beim Vergleich mit der Angestelltenerschaft schneiden die Arbeiter ebenfalls ungünstig ab. Zwar ist hier der Unterschied im Organisationsverhältnis nicht so kraß, wie bei den Beamten. Unser Kampf um die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf 60 Jahre hatte bisher keinen Erfolg. Dagegen war es den Angestellten möglich, die Altersgrenze für länger als ein Jahr arbeitslose, in der Angestelltenversicherung auf 60 Jahre herunterzudrücken. Was hier den Angestellten zugebilligt wird, müßte doch dem Arbeiter genau so gut eingeräumt werden.

Auch bei den anderen Ständen ist es offensichtlich, was eine gute, straffe Organisation vermag. Nehmen wir nur die Landwirtschaft.

Sie hat ihre fast lückenlose Organisation. Auf Grund dieser war es ihr möglich, trotz der schwierigen Wirtschaftslage wesentliche Verbesserungen zu erkämpfen. Ebenso liegen die Verhältnisse beim Mittelstand, von der Industrie erst gar nicht zu reden. So sehen wir, daß die Organisationsverhältnisse bei der Arbeiterschaft am ungünstigsten liegen. Die Schlussfolgerung, daß die Schwäche der Arbeiterschaft die Hauptursache für die soziale Reaktion ist, liegt auf der Hand.

Diese Erkenntnis muß der Arbeiterschaft die Notwendigkeit der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation recht klar zum Bewußtsein bringen. Besonders der Jugend möge sie zeigen, daß noch ein gut Stück Arbeit zu leisten ist, und daß es der Mitarbeit aller bedarf, um zum Ziele zu gelangen. Wenn wir da nicht selbst unser Geschick herzhast in die Hand nehmen und mutig vorwärts stürmen, dann werden wir die andern nimmer einholen. Deshalb nach wie vor

Werbearbeit!

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit 1929.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW) legt seinen Bericht für das Geschäftsjahr 1929 vor, der einen ausführlichen Überblick gibt über das Voranschreiten der deutschen Rationalisierungsbewegung, über die Arbeiten des RKW und der ihm nahestehenden Ausschüsse, sowie über die Verwendung der dem RKW vom Reich zur Förderung der Wirtschaftlichkeit zur Verfügung gestellten Mittel. Nach diesem Bericht wurden vom Reich im Etatsjahr 1929/30 infolge von Sparmaßnahmen nur 500 000 RM (gegenüber 1 450 000 RM im Etatsjahr 1928/29) bewilligt. Trotz der empfindlichen Verknappung der Reichszuschüsse haben Vorstand und Finanzausschuß des RKW unter Heranziehung von Einnahmen aus Veröffentlichungen sowie Erparnissen für das Etatsjahr 1929/30 925 000 RM bereitgestellt. Die in fünf Etatsjahren vom Reich zur Verfügung gestellten Mittel belaufen sich somit auf insgesamt 6 050 000 RM, die in der entsprechenden Zeit verteilten Mittel auf 5 848 595 RM.

Die verteilten Mittel sind wiederum zur Förderung der Gemeinschaftsarbeit auf den verschiedensten Gebieten der Rationalisierung verwendet worden. Viele Hunderte von Verbänden, wissenschaftlichen Instituten, Behörden, Organisationen, Unternehmungen usw. mit mehr als 4000 ehrenamtlichen Mitarbeitern aus allen Kreisen der Wirtschaft waren an der Durchführung der Arbeiten beteiligt. Auf diese Weise trägt auch die Wirtschaft einen erheblichen Anteil an den Kosten der Gemeinschaftsarbeit, der die finanziellen Beihilfen des RKW um ein Vielfaches übersteigt.

Die behandelten Aufgaben bezweckten in der Hauptsache die Erarbeitung von Rationalisierungsmitteln im Sinne wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Betriebsführung. Diese Rationalisierungsmittel sind als Ergebnis gemeinschaftlicher Arbeit der in Betracht kommenden Vertreter der Erzeuger, des Handels, der Verbraucher, der Wissenschaft, der Behörden usw. der gesamten Wirtschaft in Form verschiedenartiger Veröffentlichungen zur Verfügung gestellt worden. Diese Rationalisierungsmittel, mögen sie sich auf die großen Gebiete der Vereinheitlichung und Fertigung oder der Verwaltung und Verteilung, des Verbrauchs und der menschlichen Arbeit beziehen, sind — soweit feststellbar — in steigendem Maße von der Wirtschaft aufgenommen worden.

Nach gemeinsamer Auffassung der maßgebenden Techniker und Wirtschaftler in der ganzen Welt sind Normung, Typisierung und Spezialisierung in ganz besonderer Weise dazu berufen, eine Vereinfachung des wirtschaftlichen Apparates in Herstellung, Verteilung und Verbrauch herbeizuführen. Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit hat es daher für richtig gehalten, zur Durchführung der Vereinheitlichung auf den verschiedenen Gebieten von Technik und Wirtschaft beträchtliche Teile — etwa zwei Fünftel — der ihm vom Reich im Berichtsjahr zur Verfügung gestellten Mittel aufzuwenden.

Im besonderen wurden die Arbeiten des Deutschen Normenausschusses auf denjenigen Gebieten gefördert, die für die Allgemeinheit von besonderer Bedeutung sind. Auch die Arbeiten an der Dezimalklassifikation und an der Einführung der Din-Formate wurden gefördert.

Neben den Normen dienen der Vereinheitlichung auch die Vereinbarungen zum Zwecke der Festsetzung des technischen Gütegrades von Waren und Leistungen, wie sie auf Grund von Gemeinschaftsarbeit in Form von einheitlichen Lieferbedingungen, Bezeichnungsvorschriften und Prüfverfahren erreicht wurden. Man darf heute

sagen, daß auch das jahrelange Eintreten des RAC und des RKW für den Gedanken der Standardisierung in der Landwirtschaft auf fruchtbaren Boden gefallen ist und nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, die Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den Mittelpunkt der Forderungen moderner Agrarpolitik zu rücken.

Die Arbeiten auf dem Gebiete der Rationalisierung des Fertigungsprozesses waren ganz allgemein darauf gerichtet, eine Erhöhung und Verbesserung der Produktionsleistung durch bessere Arbeitsverfahren und durch Vermeiden von Verlusten in der Fertigung zu erzielen, möglichst ohne größere Kapitalien in den Betriebseinrichtungen neu festzulegen.

Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Verwaltung konnten wichtige Arbeiten für das Einkaufs- und Lagerwesen zu Ende geführt werden. In der Erkenntnis, daß sich die Rationalisierung der Handelswirtschaft anderer Methoden bedienen muß als die Rationalisierung der Erzeugungswirtschaft, wurde in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für den Handel und mit der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels die Durchführung von Betriebsvergleichen, insbesondere im Einzelhandel, gefördert.

Zur Förderung der Rationalisierung im Handwerk arbeitete das RKW auch im Berichtsjahre mit dem Deutschen Handwerksinstitut in Hannover zusammen, dem in seinen Abteilungen für technische und kaufmännische Betriebswirtschaft sowie bei der Technischen Versuchsstelle die Rationalisierungsaufgaben für das Handwerk obliegen.

Als Grundlage praktischer Rationalisierungsarbeiten auf dem Gebiete der Hauswirtschaft wurde ein umfangreiches und übersichtliches Archiv für Hauswirtschaft geschaffen.

Den menschlichen Faktor im rationalisierten Betriebe hatten verschiedene vom RKW geförderte Arbeiten zum Gegenstand. Es wurden Mittel für die Schaffung von Lehrmaterial aufgewendet, welches die Technisch-wissenschaftliche Lehrmittelzentrale für Schul- und Vortragzwecke herausgibt. Ebenfalls der beruflichen Ausbildung sind die Arbeiten des Deutschen Ausschusses für Technisches Schulwesen

Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit.

Denken wir über die Wirtschaft, und zwar über die private ebenso wie über die öffentliche, nicht nur güterökonomisch, sondern in voller Klarheit und Konsequenz zugleich menschenökonomisch und finanzsoziologisch, so enthüllt sich uns, daß zwischen Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit kein unaufhebbarer Gegensatz besteht, daß Wirtschaftlichkeit und Menschlichkeit, wie auch Sachlichkeit und Menschlichkeit vielmehr zwei Seiten eines und desselben sind, und daß sie sich wechselseitig um so mehr fördern, um so besser ergänzen, an einem je stärkeren und reicheren Gemeinwesen die Volkswirtschaft ihren unzerstörbaren Rückhalt findet. Reich und stark wird aber nur ein Gemeinwesen, das seine wachsenden Einnahmen stets sozialproduktiver zu verwenden lernt.

Rudolf Goldscheid in „Finanzwirtschaftliche Untersuchungen“.

(Datsch) gewidmet. Hier wurden seitens des RKW insbesondere die Fertigstellung von ganzen Lehrgängen für Maurer, Zimmerer, Feinmechaniker finanziert. Vollständige Kurse für autogene und elektrische Schweißung sind durch den Verband für autogene Metallbearbeitung mit Unterstützung des RKW durchgeführt worden. Auf diese Weise konnte der Verband im Berichtsjahr mehr als 10 000 Schweißer ausbilden und der deutschen Wirtschaft als Facharbeiter zur Verfügung stellen. Der Schulung von Verkäufern im Einzelhandel waren die Arbeiten der Verkaufsberatung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels gewidmet.

In einer Sonderausstellung „Arbeitsitz und Arbeitsplatz“ wurden gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene und dem Deutschen Arbeitsschutzmuseum (Reichsarbeitsministerium) praktische Beispiele für eine unter arbeitsphysiologischen Gesichtspunkten vorgenommene Gestaltung des Arbeitsplatzes gegeben. Im Rahmen der Arbeiten der Gruppe Arbeitsmethoden des Ausschusses für wirtschaftliche Fertigung wurde ferner der Frage einer rationellen Pausengewährung bei Fließarbeit erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Der Fachauschuß für Anstrichtechnik verwendete besondere Sorgfalt auf alle mit dem Anstrich zusammenhängenden hygienischen Fragen. Parallel zu Arbeiten über Beleuchtungsfragen in der Hauswirtschaft wurden unter Beteiligung des Gewerkevereins der Heimarbeiterrinnen Untersuchungen über die Beleuchtung des Arbeitsplatzes bei Heimarbeiterrinnen durchgeführt.

Die durch Schaffung und Anwendung von Rationalisierungsmitteln erzielbaren betriebswirtschaftlichen Verbesserungen der einzelnen Unternehmungen können noch bedeutend gefördert werden, wenn durch branchemäßige Betriebsuntersuchungen typische Fehlerquellen festgestellt und in Gemeinschaftsarbeit beseitigt werden.

Im Berichtsjahre konnte das RKW zum erstenmal mit einem Gesamtüberblick über seine Arbeiten in Gestalt des „Handbuches der Rationalisierung“ vor die Öffentlichkeit treten. Das Handbuch hat in Theorie und Praxis weitgehende Anerkennung gefunden und kann bereits in dritter Auflage vorbereitet werden. Neben dem Überblick über die Arbeitsergebnisse enthält es u. a. eine eingehende Übersicht über den Aufbau der deutschen und der internationalen Rationalisierungsbewegung.

Leider hat das RKW wegen der starken Kürzung der Reichszuschüsse infolge der allgemeinen Sparmaßnahmen seine Tätigkeit auf das notwendigste Maß beschränken müssen. Das RKW hofft aber, die deutsche Rationalisierungsbewegung auch weiterhin nach besten Kräften ideell und materiell fördern zu können, eine Bewegung, die von der modernen Wirtschaftsgesinnung der Völker getragen wird, und die berufen ist, der deutschen und der Weltwirtschaft in allen ihren Teilen Dienste zu leisten, deren Bedeutung von der Öffentlichkeit in zunehmendem Maße anerkannt wird.

Bedeutung und Aufgaben des Möbelhandels in unserer Gesamtwirtschaft.

Professor Julius Hirsch, Berlin, behandelte das vorstehende Thema auf dem 20. Verbandstag des Deutschen Möbelfachverbandes, der Spitzenorganisation des Möbelhandels. Redner ging zunächst auf Deutschlands augenblickliche Wirtschaftslage ein und führte dann aus:

Das deutsche Volk gebe für Möbel, soweit der Einzelhandel sie umsetzt, jährlich rund 1 Milliarde Mark aus (davon etwa ein Zehntel durch Warenhäuser). Von je 50 RM, die der Deutsche jährlich einnehme, entfalle also 1 RM auf seine Ausgaben für Möbel. Der Bedarf sei grundsätzlich bestimmt durch das Bevölkerungswachstum, durch die Zahl der Eheschließungen und die Neubauten. Die Zahl der Eheschließungen sei sich zwar bis jetzt gleichgeblieben, aber in einigen Jahren sei doch mit einer Verminderung dieser Zahl zu rechnen. Die Geburtenzahl ginge bekanntlich stark zurück. Das habe bisher auf den Wohnungsbau noch keinen großen Einfluß gehabt, mache sich jetzt etwas bemerkbar, könnte aber bei guter Konjunktur durch größeren Raumanpruch des Einzelnen wieder kompensiert werden. In diesem Jahre habe aber die gesunkene Zahl der Neubauten sicher einen Rückgang auch für den Möbelhandel zur Folge gehabt, den man wohl auf 15 Prozent schätzen könne. Diese Erschwerung der bisherigen Lage werde durch Strukturwandlungen beeinflusst, die teils fördernd, teils hemmend wirken. Es seien dies: 1. Der Übergang von der Großfamilie zur Kleinfamilie. Raumbedarf und Raumgestaltung nehmen immer größere Rücksicht auf kinderlose und kinderarme Familien. — 2. Der Übergang von der arbeitmachenden zur arbeit-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 28. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 6. bis 12. Juli 1930 fällig.

Achtung! Quartalschluß! Die unverzügliche Fertigstellung der Abrechnung ist sofort vorzunehmen. Die Zahlstellenverwaltungen beweisen durch schnelle Erledigung, daß die Zahlstellengeschäfte in Ordnung sind.

Teilzahlungen an die Hauptkasse sind regelmäßig zu leisten. Die Zahlstellenkassierer müssen den Beitragseinzug und Geschäftswicklung so einrichten, daß möglichst wenig Bargeld am Orte verbleibt. Bei peinlich genauer Anwendung der ergangenen Anweisungen schützen Kassierer und Vertrauensleute sich und den Verband vor Verlusten. Darum: Teilzahlungen!

Bremen. Adressenänderung des Sekretariats. Ab 1. Juli 1930 befindet sich unser Sekretariat nicht mehr Gartenstr. 1, sondern Langewieren 6 II. Fernruf bleibt derselbe: Domsheide 2 32 90.

sparenden Wohnung. Die Wohnung der kleineren Räume, der Einbaumöbel und der Klappische, wie sie Amerika entwickelt habe, beginne auch bei uns sich aufzudrängen. — 3. Der Übergang vom Möbel aus gediegenem Material zu demjenigen, bei dem Form und Farbe die Hauptsache sind und leicht Ersetzung möglich ist, denn vom Möbel für Lebenszeit kommen wir zum modebeherrschten Verbrauchsmöbel. Daraus ergibt sich die Doppelbewegung: Standardisierung, gleichartige Herstellung, wie sie in viel größerem Ausmaße die Vereinigten Staaten kennen, und gleichzeitig der höchste Luxus eigensinn, insbesondere die Hochschätzung der Antiquitäten.

All das führt zwangsläufig zur Umgruppierung in der Produktion. Die Möbelherstellung beschäftigt etwa 30 000 Betriebe mit rund 200 000 Personen. Von den Betrieben sind ungefähr 1000 solche, die statistisch zu den „Großbetrieben“ gerechnet werden, die es aber wirtschaftlich meistens noch nicht sind. Dazu komme endlich die Kaufkraftumschichtung. Für den Möbelhandel ergäben sich daraus neue Probleme der Betriebsführung, zum Teil auch neue Formen des Handels.

Der Umsatz je Kopf des Beschäftigten beträgt in Deutschland etwa 34 000 RM im Jahre. Der Lagerumschlag gelingt nur etwa 2, seltener 2½ mal, während für Amerika 3 mal als Durchschnitt angegeben ist.

Der deutsche Möbelhandel wird die Marktanalyse, die für ihn verhältnismäßig leicht ist, im eigenen Interesse weiter auszubauen haben. Das Kreditproblem spielt in ihm bekanntlich eine besonders große Rolle. Kreditgabe an den letzten Kunden war schon in der Vorkriegszeit hier unvermeidlich. Die Vernichtung der Mittelstandskapitalien, die Umschichtung der Einkommensverwendung, die Entstehung neuer Bedarfsrichtungen, die Verschärfung des Konkurrenzkampfes, zwingen zur Ausweitung des Kredits an den letzten Käufer. Die Frage könne deshalb nicht sein, ob überhaupt, sondern vor allem wie Kredit gegeben werden soll. Hier aber sei der organisierte, mit genauer Kalkulation der Kosten rechnende Abzahlungskredit dem unorganisierten Kredit bei weitem vorzuziehen. Es müsse dringend verlangt werden, daß der Barzahlende in voller Klarheit unterschieden werde von dem Borgenden.

Der eigene Kreditbedarf des Möbelseinzelhandels sei der Natur seiner Aufgabe nach groß. Daß aber auch bei ihm der Eigentumsvorbehalt seitens der Lieferanten sich neuerdings ausgebreitet habe, sei eine bedauerliche Fehlentwicklung, die man möglichst bald zurückdämmen solle.

Als die wichtigsten Zukunftsaufgaben bezeichnete Prof. Hirsch:

Im Einzelhandel selbst Höherbildung der Organisation durch Betriebsvergleich. Im übrigen müsse für einen großen Teil der Produktion die Standardisierung weitergehen, und insbesondere könne der Einzelhandel durch Schaffung von Normal-Sortimentsplänen helfen. Im Sinne einer Verbilligung der Möbel und einer Stärkung der Handlungsaufgaben liege die Spezialisierung in der Produktion.

In einem Punkte habe Amerika gegenüber Deutschland einen sehr bedeutenden Fortschritt, in der Konzentration des Einkaufs. Die gesamte amerikanische Möbelindustrie hat sich eine Dauerausstellung in einem 34 Stockwerk hohen Wolkenkratzer in Chicago, dem Furniture Market, geschaffen, der im Jahre von 35 000 Einkäufern besucht

wird. Dieses Unternehmen habe sehr stark zur Konzentration der Derbstätigkeit in dieser Industrie beigetragen und zugleich eine große Fülle neuer Verkaufsmöglichkeiten gezeigt.

Wenn Prof. Hirsch in seinem Vortrag auch auf die Preispolitik des Möbelhandels eingegangen wäre, dann hätte dieser Vortrag bei der Holzarbeiterschaft und in weitesten Verbraucherkreisen ein sehr viel größeres Interesse erweckt. Dem kritischen Beobachter drängt sich immer stärker die Vermutung auf, daß die Spanne zwischen Einkaufspreis und Verkauf erheblich zu hoch und infolgedessen die Beschaffung von Möbeln minderbemittelten Kreisen oft unmöglich ist. Es wäre aber möglich, daß die Preisfrage doch noch auf der Tagung behandelt würde, aber unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Es wurde nämlich dort über Vorarbeiten zur Herausgabe von Richtlinien für den Geschäftsverkehr im Möbelgewerbe berichtet. Das stimmt uns bedenklich, doch wären diese Bedenken leicht zu zerstreuen, wenn man diese Richtlinien demnächst veröffentlichen würde.

Rundschau.

Zehnjahrjubiläum des Reichswirtschaftsrats. Am 30. Juni waren es zehn Jahre her, seit der Vorläufige Reichswirtschaftsrat im großen Sitzungsaal des ehemaligen Preussischen Herrenhauses zusammentrat. Er war ursprünglich als die Spitze einer Räteorganisation gedacht, die auf Grund des Artikels 165 der Reichsverfassung von den Betriebsräten über die Bezirkswirtschaftsräte zum Reichswirtschaftsrat führen sollte. Vom ersten Tage seines Bestehens an hatte der Reichswirtschaftsrat mit dem Mißtrauen der alten Parlamente zu kämpfen. Erst nach großer Mühe gelang es, für ihn ein geeignetes Gebäude, eine frühere höhere Lehranstalt in der Bellevuestraße, freizumachen. Wie Reichskanzler Fehrenbach in seiner Eröffnungsrede am 30. Juni 1920 ausführte, sollte die Schaffung der Zwischenstufen zwischen den Betriebsräten und dem Reichswirtschaftsrat „eine Aufgabe der nächsten Monate“ sein. Bis heute ist diese Zwischenorganisation nicht zustande gekommen. Daher trägt der Reichswirtschaftsrat immer noch die Bezeichnung „Vorläufiger Reichswirtschaftsrat“.

Die Vorlage eines Gesetzentwurfs über einen endgültigen Reichswirtschaftsrat liegt seit Jahren im Reichsfinanzministerium. Die Berufsverbände haben einen erbitterten Kampf um die Zahl ihrer Vertreter im endgültigen Reichswirtschaftsrat geführt. Insbesondere haben wir ein Interesse an einer stärkeren Beteiligung der Arbeiterschaft und an Bestimmungen, die das Zustandekommen von Zufallsmehrheiten durch die in entscheidenden Fragen weniger sachverständige Gruppe der sonstigen Berufe ausschließt.

Eine zweite Kammer des Parlaments, der Lieblingswunsch gewisser Kreise, ist der RWR nicht geworden. Ihm fehlen charakteristische Eigenschaften eines solchen, vor allem die Öffentlichkeit seiner Verhandlungen und der bindende Charakter gefaßter Beschlüsse. Gleichwohl wäre es ungerechtfertigt, der Arbeit des Reichswirtschaftsrats jede praktische Bedeutung abzusprechen. Mitunter hat die Beratung im Reichswirtschaftsrat, die auch die Heranziehung freier Sondersachverständiger gestattet, den Sachverhalt so weit geklärt, daß Irrtümer und aus Unkenntnis hervorgehende Fehlentscheidungen der gesetzgebenden Körperschaften vermieden wurden.

Lohnfragen und Lebenshaltung. Hauptergebnisse der amtlichen Lohnerhebung im Baugewerbe. Als zweiter Teil der für August 1929 durchgeführten Lohnerhebung im Baugewerbe werden nunmehr die Hauptergebnisse für die nordwestlichen Vertragsgebiete (Norden, Unterweiser-Ems, Nordwestdeutschland, Westfalen Ost und Lippe, Westdeutschland, Rheinland, Siegerland und Nahe) veröffentlicht. Hier wurden in 2035 Betrieben 54 958 Bauarbeiter über 19 Jahre erfaßt und zwar im Hoch-, Beton- und Tiefbau 910 Betriebe und 49 025 Bauarbeiter, im Malergewerbe 991 Betriebe und 5398 Malergehilfen und im Dachdeckergerwerb 134 Betriebe und 535 Dachdeckergehilfen.

Von den Bauarbeitern waren rund 17 000 im Norden, 12 600 im Rheinland, 11 400 im Bezirk Westdeutschland beschäftigt. Im Gebiet Norden betrug der durchschnittliche Stundenverdienst ausschließlich der tariflichen Zuschläge, einschließlich Werkzeuggeld und der Zuschläge für Akkord und Prämienarbeit: für Maurer 191,7 Pfg., Zimmerer 164,4, Zementfacharbeiter 156,6, Einschaler im Betonbau 181,1, Zementarbeiter 147,7, Bauhilfsarbeiter 129,5, Tiefbauarbeiter 109,8, Malergehilfen 146,9, für Dachdeckergehilfen 153,8 Pfg. Der Tariflohn der Maurer wurde in Groß-Hamburg um 41,2 Prozent infolge der dort sehr verbreiteten Akkordarbeit überschritten.

Die durchschnittliche Tagesarbeit betrug im allgemeinen 8 Stunden. Verhältnismäßig längere Arbeitszeiten finden sich bei den Zement-

facharbeitern und den Tiefbauarbeitern. Im Lohngebiet Groß-Hamburg wirkt sich in den durchschnittlichen Tagesverdiensten neben der Verschiedenheit der Arbeitszeit vor allem auch der Mehrverdienst durch Akkordarbeit aus. Der durchschnittliche Tagesverdienst der Maurer lag hier infolge von Akkordarbeit um 57 Prozent über dem Tagesverdienst der Bauhilfsarbeiter, während tarifmäßig eine Zeitlohnspanne von 20 Prozent vorgesehen ist.

In Westdeutschland und Rheinland bewegten sich die Stundenverdienste der gleichen Gruppen zwischen 84,7 Pfg. (Tiefbauarbeiter Westen) und 147,7 Pfg. (Dachdeckergehilfen Rheinland). Die Tariflohnsätze wurden nur um 1,8 bzw. 4 Prozent überschritten gegenüber 29,4 Prozent im Vertragsgebiet Norden. Der durchschnittliche Stundenverdienst der Maurer lag in beiden Gebieten um rund ein Fünftel über dem der Bauhilfsarbeiter und entsprach damit der tarifmäßig vorgesehenen Lohnspanne zwischen beiden Berufsarten. Im Rheinland waren die durchschnittlichen Tariflohnsätze und Stundenverdienste bei allen erfaßten Berufsarten, die Tariflohnüberschreitungen in den meisten Fällen höher als in Westdeutschland.

Eine besondere Eigentümlichkeit der Arbeitsverhältnisse im westdeutschen und rheinischen Baugewerbe besteht in der Anpassung der Arbeitszeit an diejenige der hier vorherrschenden Metallindustrie. Durchschnittlich ergaben sich daher verhältnismäßig lange Tagesarbeitszeiten und entsprechend erhöhte Bruttotagesverdienste. Die besonders lange durchschnittliche Arbeitszeit der Zementarbeiter in einigen Gebieten dürfte darauf zurückzuführen sein, daß das zur Verarbeitung vorbereitete Material (Zementmischung) aus technischen Gründen am gleichen Tage vollständig aufgearbeitet werden muß.

Die durchschnittliche Tagesarbeitszeit (einschließlich Über- und Mehrstunden) zeigte in den Großstädten (ohne Hamburg) und in den Mittelstädten fast durchweg eine verhältnismäßig lange Dauer, wobei die über 8 Stunden hinausgehende Arbeitszeit nur teilweise durch entsprechende Zuschläge abgegolten wurde; die durchschnittlichen Bruttotagesverdienste (einschließlich aller Zuschläge) wiesen hier nur verhältnismäßig geringe Unterschiede auf. Dagegen war die Verdienstspanne zwischen Groß-Hamburg und den übrigen Großstädten sowie diejenige zwischen den Mittelstädten und den untersten Ortsklassen im allgemeinen nicht unerheblich.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hielt in Köln vom 27. bis 30. Juni seine Generalversammlung. Der Rechenschaftsbericht meldet einen Mitgliederbestand von 379 590 am Ende des Jahres 1929, darunter 67 108 Lehrlinge. Das bedeutet gegenüber dem Mitgliederbestand im Jahre 1928 einen Zuwachs von rund 53 000 Kaufmannsgehilfen. Das Rückgrat dieser gewaltigen Organisation bilden 1841 über das ganze Reich, das volksdeutsche sowie über das überseeische Ausland verteilte Ortsgruppen mit Zehntausenden von ehrenamtlichen Helfern und 189 berufsamtlich besetzten Geschäftsstellen, davon 164 im Reich und 25 im Auslande. In 219 eigenen Ortsgruppenheimen konnte sich ein reiches geistiges und gefelliges Leben entfalten. Die Vermögensübersicht weist Ende 1929 ein Verbandsvermögen von 8 845 896,26 RM nach. Die Verbandsparkasse steigerte ihren Einlagebestand auf 38 031 162 RM, das bedeutet gegenüber dem Vorjahre einen Zuwachs von über 10 Millionen. Trotz der großen Belastung des kaufmännischen Arbeitsmarktes konnten im vergangenen Jahr über 13 000 Stellen vermittelt werden. Die Auszahlungen an die stellenlosen Verbandsmitglieder betragen im Berichtsjahr über 796 000 RM. An die Mitglieder, die auf Grund der Satzungen des Verbandes eine Altersrente beziehen, wurden über 88 000 RM verausgabt. An 400 begünstigte Hinterbliebene von Verbandsmitgliedern wurden jagungsgemäße Sterbegelder in Höhe von 93 000 RM gezahlt. Mit der Gesamtmitgliederzahl von rund 247 000 am Jahresende ist die Deutschnationale Krankenkasse die größte deutsche Berufskrankenkasse. Die Leistungen in der Stamm- und Familienversicherung betragen im Jahre 1929 etwa 25 000 RM. Auch die verschiedenen Versicherungsunternehmen weisen eine gute Entwicklung auf. Der Verband besitzt eine große Verlagsanstalt, die Hanseatische Verlagsanstalt in Hamburg-Wandsbek, die in Fachkreisen einen guten Ruf besitzt. Eine besondere Buchvertriebsstelle berät die Verbandsmitglieder in Buchfragen. Nach den letzten Meldungen nähert sich der Mitgliederbestand des DHD. der 400 000-Grenze.

Ende der Wohnungsnot? Dielsch wird die Meinung vertreten, die Wohnungszwangswirtschaft könne bald beseitigt werden, weil die Wohnungsnot durch Neubau usw. bald behoben sei. So begreif-

lich der Wunsch nach Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft ist, so sind wir leider noch lange nicht soweit.

In neuer Beleuchtung erscheint nämlich die Frage der Wohnungsnot durch eine Veröffentlichung der Ergebnisse einer Wohnungszählung in Sachsen vom 31. Mai 1929. Wir wollen die wichtigsten Ziffern dieser Wohnungszählung herausgreifen: Die Zahl der allerdringendsten Fälle von Wohnungsuchenden beträgt rund 49 000. Als allerdringlichste Fälle wurden diejenigen erfasst, bei denen es sich um drei- und mehrköpfige Familien handelt, die bei Fremden untergebracht sind und sich nach einem eigenen Haushalt sehnen. Unter den 49 000 Wohnungsuchenden der allerdringlichsten Fälle befinden sich 10 000 Familien, die getrennt wohnen, 28 000 Familien sind bei Verwandten, 11 000 bei Fremden untergebracht. Insgesamt wurden durch die Erhebung 155 000 Wohnungsuchende ermittelt.

Von diesen hatten rund 50 000 eine eigene Wohnung. Der Grund für das Suchen einer anderen Wohnung bestand bei 2700 Familien darin, daß gegen sie ein Räumungsurteil vorlag, daß es sich in 2800 Fällen um Werkwohnungen handelte, die infolge Kündigung des Arbeitsverhältnisses freigemacht werden mußten und daß 4700 Wohnungen als gesundheitschädlich bezeichnet wurden. 250 Familien suchen eine Wohnung, weil das Haus abbruchreif war. (Entnommen aus „Die Wohnung“, Heft 10, 1930). Diese Zahlen sind recht bedauerliche Zeichen der deutschen Wohnungskultur. Wir sind überzeugt, daß, wenn in den übrigen Provinzen und Ländern des Reiches Erhebungen über die Wohnungsnot vorgenommen würden, man zu einem ähnlichen Resultat kommen würde. —

Diese Ziffern geben aber auch den Fingerzeig dafür, wo Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden wären für unsere Arbeitslosen. Man braucht in Deutschland wirklich nicht nach Arbeitsmöglichkeiten problematischer Art zu suchen. Die deutsche Wohnungsnot zeigt uns klar und deutlich, wo Arbeit zu finden ist.

Landflucht und Arbeitslosigkeit. In der süddeutschen Presse veröffentlichte Karitasdirektor Dr. Straubinger (Stuttgart) einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Es war wirklich nicht gut, daß der ländliche Nachwuchs fast samt und sonders in die Städte ging und sich dort zu großen Massen zusammenballte, die, je länger je mehr, eine Gefahr für Volk und Staat bilden. Früher hatten wir ein stehendes Heer von 600- bis 700 000 Soldaten, heute haben wir ein viel größeres stehendes Heer von Arbeitslosen; diesen Winter waren es über zwei Millionen, nur mit dem Unterschied, daß das Soldatenheer geschult und gedrillt wurde und eine Stütze der Ordnung bildete, während das Heer der Arbeitslosen weder recht geschult werden kann, noch zur Hebung der Ordnung beiträgt. Was aber das Traurigste ist, dieses Arbeitslosenheer entspricht in seiner Größe so ziemlich der Zahl derjenigen, die unnötigerweise vom Land in die Stadt und von der Landwirtschaft in die anderen Berufe hinübergewandert sind; die zwei Millionen Menschen, die auf dem Arbeitsmarkt liegen und so viel kosten, fehlen uns in der Bebauung des Bodens. So liegt die größte natürliche Quelle des Volkswohlstandes zum Teil brach, und der innere Markt ist zerrüttet, der äußere Markt aber, d. h. die Einfuhr aus fremden Ländern, ist stark angeschwollen. Für Luxusartikel wie Orangen und Bananen werden Hunderte von Millionen ins Ausland geführt, während die einheimischen Erzeugnisse selbst von der Landbevölkerung nicht mehr geachtet werden. Daß dazu das schlechte Beispiel von oben und die ungünstige Agrarpolitik nicht wenig beitragen, sei nur nebenher erwähnt.

Heute steht das ganze deutsche Volk am Scheideweg. Will es seinen Verpflichtungen gegenüber den früheren Feindstaaten nachkommen, dann wird es in vielem umlernen müssen. Vor allem wird es sich besinnen müssen auf die Werte, die in dem kleinen Raum, der uns durch die Friedensdiktate belassen ist, doch noch vorhanden sind. Der Bauer wird wieder zu Ehren kommen. Man mag's drehen und wenden, wie man will, ohne Bauer geht's nicht; er hat die Urproduktion in der Hand, von seiner Arbeit zehren die anderen; leidet er, dann leidet das ganze Volk; hat der Bauer Geld, dann hat's die ganze Welt. Denn der Bauer legt sein Geld nicht auf ausländischen Banken an wie die Industrieritter und Handelsbarone, sondern im Inland und macht es dadurch der heimischen Wirtschaft dienstbar. Die Zeiten, wo der Bauer sein Geld im Strumpf versteckte, sind vorbei. Dafür sorgt nicht nur die Not, sondern auch der Staat mit seinem dem Mäusesraj ausgesetzten Papiergeld.

Die Siedlung auf der Hygiene-Ausstellung Dresden 1930. Dem Gedanken der gefundenen Wohnung ist auf der Hygiene-Ausstellung auch durch Durchführung von praktischen Beispielen Rechnung getragen — durchgeführt vom Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, von der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau-

und Wohnungswesen, Berlin, von dem „Sächsischen Heim“ Landes-Siedelungs- und Wohnungsfürsorgegesellschaft, Dresden und dem Verband der sächsischen gemeinnützigen Bauvereinigungen, Dresden. Die Bauten sind an der Hundtbrunnenstraße errichtet, freundlich ins Grüne gebettet und von schönem alten Baumbestand umrahmt. Es handelt sich um eine Halle mit Geschloßwohnungen, ein Haus für einen Lungenkranken, ein Haus für einen Kriegsbeschädigten, ein Haus für eine kinderreiche Familie und ein Haus „Südbelichtung“. Wenn die Geschloßwohnungen, die eine Wohnung für kinderlose Ehepaare oder für alleinlebende Erwerbstätige, eine Wohnung für ein Ehepaar mit 1 Kind, eine für ein Ehepaar mit 2 Kindern und eine für 4 Kinder zeigen, die Mindestanforderungen der Hygiene hinsichtlich der Besonnung, Belichtung, Belüftung und Bewohnbarkeit unter Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse der minderbemittelten Schichten erfüllen sollen, so sind die Einfamilienhäuser unter dem Gesichtspunkt weitestgehender hygienischer Ansprüche ausgeführt; die Frage der Wirtschaftlichkeit mußte demgegenüber zurücktreten. In diesen Einfamilienhäusern sollte gezeigt werden, welchen Stand die Hygiene gewissermaßen als Ideallösung heute im Wohnungsbau einnehmen kann. Das Haus für einen Lungenkranken geht von dem Gedanken aus, daß es sich hier um einen Kranken handelt, dessen Krankheit nicht zu heilen ist, für den infolgedessen eine Anstalt nicht mehr in Frage kommt, bei dem aber Verschlimmerung abgewendet und Ansteckung der Familienmitglieder möglichst verhütet werden möchte. Aus diesem Grund sind die Räume des Kranken von den übrigen Wohn- und Nebenräumen streng getrennt, nach Süden orientiert, gleich am Eingang gelegen und mit einer geräumigen, überdeckten Siegeranda versehen. Bei der ganzen baulichen und wohllichen Einrichtung wird dargestellt, was die Hygiene auf diesem Gebiet aufweisen kann. Ebenso bei dem Kriegsbeschädigtenhaus. Hier handelt es sich um einen Bewohner, der schwer Beinbeschädigt, also Prothesenträger ist und einen „Selbstfahrer“ benötigt. Bei dem Haus für eine kinderreiche Familie ist an 6 Kinder gedacht. Infolgedessen ist alles vornehmlich auf die Kinder und ihre Gesundheit zugeschnitten. Der Grundriß umschließt winkelförmig einen nach Südosten liegenden mit Spalierwänden eingefassten Spielhof mit Planschbecken als Luft- und Sonnenbad für die Kinder. Mit dem Garten verbunden, ist im Hause ein Aufenthaltsraum, zugleich Turn-, Arbeits- und Waschraum der Kleinen. Ganz besonders auf die Sonnenlage Rücksicht nimmt das Holzhaus „Südbelichtung“, als Reihenhäuser gedacht. Hier ist alles so im Grundriß angeordnet, daß beste Besonnung der Wohn- und Schlafräume gewährleistet ist. An den Wohnraum wurde eine verglaste Laube angebaut, deren Dach als Sonnenbad dient. Um auch dem Kleingarten als Zusatz- und Erjaßraum der Wohnung vom Standpunkt des gesunden und hygienischen Wohnens Geltung zu verschaffen, sind unter Mitwirkung der sächsischen Landesstelle für Kleingartenwesen noch mustergültige Kleingärten mit Lauben angelegt.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bezirkshonferenz für Bezirk Würzburg. Am Sonntag, 29. Juni tagte in Würzburg im katholischen Gesellenhaus eine Konferenz für unseren Bezirk. Sie hatte als Hauptaufgabe Stellung zu nehmen zum 13. Reichsverbandstage in Kassel. Unser Bezirksleiter hatte dazu das Referat übernommen und sprach zunächst über die Bedeutung des Verbandstages und wies auf die inneren organisatorischen Aufgaben des Verbandes, seine Festigung und weitere Ausgestaltung, dann auf die Berufsfragen u. a. die Ausbildung der Lehrlinge, das Tarifvertragswesen, wie auch auf die großen Gegenwartsaufgaben die heute die gesamte Öffentlichkeit berühren, auf Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und Notopfer hin. Die Kündigung des Lohnabkommens in der Holzindustrie seitens der Arbeitgeber, wird die Arbeiter der Holzindustrie geschlossen im Abwehrkampf finden, falls die Arbeitgeber an einen Abbau der Löhne denken sollten. Denn trotz allem Gerede von Preisabbau steigen die Preise weiter. In dieser Situation einen Abbau der Löhne vorzunehmen, hieße die Verelendung der deutschen Arbeiterschaft steigern und der gesamten Volkswirtschaft selbst würde damit ein guter Dienst nicht erwiesen. —

Unter der Arbeitslosigkeit leidet das Holzverarbeitende Gewerbe ganz besonders in Nordbayern mit am schwersten. Auf die betroffenen Arbeiter wirkt sie äußerst demütigend und fordert die schwersten Opfer. Mitverantwortlich für den heutigen Umfang der Arbeitslosigkeit ist die übersteigerte Rationalisierung. Sie schuf wohl eine Mehrproduktion, doch eine Preisverbilligung brachte sie nicht

nicht. Die Gewinne dieser Rationalisierung steckten nicht die beteiligten Arbeiter ein. Die mußten Mehrleistung hergeben, verbrauchten frühzeitig und zuletzt warf man sie auf die Straße.

— Darum fordern wir mehr Schutz für den älteren Arbeiter. Durch erhöhten Ausbau unserer Selbsthilfebemühungen suchen wir diesen Schäden zu mildern. Doch auch der Staat muß hier helfend und schützend eingreifen. Die Konferenz sah alle Delegierten einig in dem Gedanken, mitzuhelfen um die Schäden der heutigen schweren Zeit soweit als möglich auszumerzen, ebenso einig aber auch in den Willen zur Abwehr, wenn nur die Arbeiterschaft allein diese Schäden tragen soll. Opfer müssen die jense bringen, die wirtschaftlich gesichert dastehen. Die Konferenz drückte diesen Willen in einer folgenden, einmütig gefaßten Entschließung aus:

Die Bezirkskonferenz der Delegierten des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter für den Bezirk Unterfranken sieht in der heutigen Wirtschaftsnot eine Volksnot, unter deren Folgen ganz besonders die breiten Schichten des arbeitenden Volkes leiden. Nicht in allen Volksschichten besteht die wahre Kenntnis von der erschreckenden Höhe, die diese Not heute bereits erreicht hat, sonst wäre der Widerstand einzelner Volksschichten nicht zu verstehen, den sie der Durchführung eines Notopfers entgegensetzen. Wir erwarten von der jetzigen Reichsregierung, daß sie unbeirrt die Durchführung dieses Notopfers aller Festbesoldeten betreibt. Die Folgen der heutigen Wirtschaftsnot, die sich ausdrücken in der hohen Arbeitslosigkeit, müssen von allen Schichten getragen werden, sonst bleibt alles Gerede von einer Volksgemeinschaft bloßes Gerede, ohne Sinn und Bedeutung.

Dortmund. Der Schiedspruch von Oepnhäusen und seine Folgen, betitelt sich ein Artikel in Nr. 26 der „Holzarbeiterzeitung“. Derjenige, der den Artikel verbrochen hat, kann unmöglich im Industriegebiet leben, oder er ist absolut wirkungsvoll mit sozialistischer Lymphie geimpft.

Nachdem der Schlichter Jötten im Jahre 1928 den bekannten Schiedspruch, der 4-Pfennig-Lohnerhöhung enthielt, gefällt hatte, der sozialistische Arbeitsminister Wissell diesen Schiedspruch für verbindlich erklärte und die Unternehmer die Autorität des damaligen Arbeitsministers einfach an die Wand drückten, kam bekanntlich der sozialistische Innenminister und versuchte, die Sache wieder beizudrehen und zwar in der Weise, daß er die Lohnerhöhung um die Hälfte reduzierte, dafür bezüglich der Akkordregelung den Arbeitern ein Pflasterchen gab, indem man die Severinklausel einbaute, nach welcher Akkorde nur dann neu festgesetzt werden konnten, wenn technische Neuerungen oder Neuerungen an Material vorliegen. Auf diese Weisheit tun sich die Genossen heute etwas zugute. In den Jahren 1928—1929 haben sie sich in Schweigen gehüllt und anscheinend von Scham erfüllt den Schiedspruch nirgends erwähnt.

Im Frühjahr dieses Jahres haben die roten Metallarbeiter den Vertrag gekündigt, obschon der christliche Metallarbeiterverband gewarnt hatte, in einer solchen Zeit Verträge zu kündigen, weil bei einer solchen großen Arbeitslosigkeit von einer durchgreifenden Kraftentfaltung doch nicht geredet werden könnte.

Allen diesen Warnungen zum Trotz haben die Sozialisten die Kündigung vorgenommen. An einen offenen Kampf, von dem die Sozialisten reden, haben sie nie gedacht. Nachdem die Verhandlungen gescheitert, wurde ihrerseits sofort der Schlichter angerufen.

Dieser Schlichter hat dann den bekannten Schiedspruch gefällt. Die „Holzarbeiterzeitung“ redet von einer eindringlichen Warnung an den Reichsarbeitsminister Stegerwald, diesen Spruch doch nicht für verbindlich zu erklären, sagt aber nicht, was geworden wäre, wenn die Verbindlichkeitserklärung ausgeblieben wäre.

Wenn die Sozialisten sich so stark fühlten, weshalb wurde dann der Schlichter angerufen? Den Kampf, wovon sie reden, konnten sie doch sicher sofort entbrennen lassen. Daß dieses aber nicht ihre ernste

Absicht gewesen ist, beweisen die Ausführungen ihrer Funktionäre in den Betriebsversammlungen, die anlässlich der Kündigungen durch die Arbeitgeber im Industriegebiet stattfanden.

Und wie lauten die Ausführungen? Kollegen — streiken? das wäre ein Verbreden. Die Krise ist doch für jeden offensichtlich. Aufgabe der Betriebsräte ist es, bei Neueinstellung der Akkorde dasjenige herauszuholen, was möglich ist (also genau wie nach dem alten Vertrag) und dann schreibt die „Holzarbeiterzeitung“: Die betroffenen Arbeiter nehmen eben die Kündigung ernst und sie werden sich weigern, dem Rufe der Unternehmer, nach Wiederaufnahme der Arbeit zu reduzierten Löhnen, Folge zu leisten. Das soll doch heißen, daß die Arbeiterschaft nunmehr die Betriebe verlassen würde. Bisher haben in diesem Tone hier im Industriegebiet nur die Kommunisten in ihren großen Demonstrationsversammlungen geredet; sie werden es auch am und nach dem ersten Juli tun und können sich dabei billigerweise auf die „Holzarbeiterzeitung“ berufen, glauben wird es ihnen allerdings unter den hiesigen Arbeitern kein Mensch.

Nachdem der sozialistische Metallarbeiterverband die erste Dummheit gemacht hat, den Vertrag zu kündigen, wird die Arbeiterschaft ihnen nicht die zweite Dummheit nachmachen und dem Rufe einer unverantwortlichen Redaktionsstimme folgen, sondern die hiesige Arbeiterschaft wird alles tun, auf dem Wege der Verhandlungen dasjenige zu retten, das durch Kündigung des Vertrages vermurkt wurde und dessen schädliche Auswirkungen der Arbeitsminister eingedämmt hat.

Jeder vernünftige Mensch sollte sich die Frage vorlegen, was geworden wäre, — nachdem der Schiedspruch gefällt, die Arbeitnehmer ihn abgelehnt, die Arbeitgeber freie Hand hätten —, wenn nicht regierungseitig der Stier bei den Hörnern gefaßt wurde.

Den hiesigen Arbeitern ist es zu frisch im Gedächtnis, daß in einer Situation, welche für die Arbeiterschaft bedeutend günstiger stand, der sozialistische Reichsarbeitsminister Wissell versagt hat und sich hinter die Autorität des Innenministers verchanzte, dessen freundliches Entgegenkommen (um im Tone der „Holzarbeiterzeitung“ zu reden) die Arbeitgeber von vornherein so stimmte, indem sie erklärten, dem Severingschen Schiedspruch zuzustimmen, bevor er überhaupt gefällt war.

Fr. H.

Krefeld. Am Samstag, den 28. Juni, fand in unserem Versammlungslokal eine gemütliche Familienfeier verbunden mit Wimpelweihe statt. Eine kleine Musikkapelle, aus Mitgliedern der Bewegung gebildet, hatte sich zur Verfügung gestellt und eröffnete die Feier. Kollege Linskens, 1. Vorsitzender, begrüßte die Anwesenden, insbesondere die Vertreter des Verbandes.

Nach einem Prolog und Lied hielt Zentralvorsitzender Kollege Kurtscheid die Festrede. Seine Worte fanden freudigen Anklang und werden nicht so leicht vergessen sein. Anschließend nahm Kollege Kurtscheid die Wimpelweihe vor und legte den Jugendlichen ans Herz, treu zu Wimpel und Verband zu halten. Ein Musikstück und Lied sorgte für weitere Unterhaltung. Gauleiter, Kollege Werder, Düsseldorf, hielt eine kurze Ansprache und überreichte dem Jubilar Kollegen Peter Berchems Diplom und Nadel für 25jährige treue Mitgliedschaft, als langjähriger Vertrauensmann und Vorsitzender, in seinem Streben Förderer und Vorbild für die Jugend. Nach weiteren Musikstücken und kurzen Ansprachen, Grüßen und Glückwünschen von Vertretern verwandter Berufe und Jugendführer, fing der gemütliche Teil an, der sehr ausgedehnt wurde.

F. H.

Anzeigenpreis für die hiergep. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengefuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Bahnhöfe kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonruf West 6 15 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

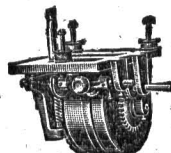
Intarsien jeder Art

Katalog
gegen 0.50 Mark in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 7 II

Sprechmaschinen-Laufwerke

Hausurwerke



z. Selbst-
einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend)
nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummunterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium-
um-Schalldose nur
Versand p. Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von

Robert Husberg - Neuenrade i.w. 9
No. 9

in allen Preislagen.
Hobel

Die Fachschrift

die jeder strebsame
Tischler haben muß:

Handwerkskunst im Holzgewerbe

Bezugspreis: 2 M. vierteljährlich

Bestell. bei Postanstalten oder direkt
VERLAG-KÖLN - VENLOERWALL 9